

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1,35 und 3,50 Reichsmark, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1,35 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufende 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 377.

Nr. 237.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 9. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

Wer dem Armen gibt, dem wird nicht mangeln; wer aber seine Augen abwendet, der wird viel verflucht. Spr. 28, 27.

Umschau.

Das Regierungsprogramm. — 3½ Milliarden Neubelastung. — 2,1 Milliarden neue Auslandsverschuldung. — Gens wieder ohne Ergebnis. — Zwei Urteile.

Daß das neue Finanzprogramm der Reichsregierung nur mit Vorsicht als „Sanierungsprogramm“ zu bezeichnen ist, haben wir bereits vor acht Tagen an dieser Stelle angedeutet. Die vorgesehene sechsprozentige Kürzung der Beamtengehälter ist alles andere als sozial, da hierdurch die unteren und mittleren Beamtenstufen weit empfindlicher getroffen werden als die höheren Gehaltsklassen. Man wende nicht ein, daß eine stärkere Belastung der oberen Beamtenstufen keine nennenswerte Erleichterung für den öffentlichen Haushalt bedeuten würde. Die volkspsychoologische Bedeutung einer solchen Maßnahme ist von ungleich größerer Wichtigkeit als ihr ziffernmäßiger Einfluß auf den Etat der öffentlichen Hand, der in seinen einzelnen Titeln die Masse des Volkes ja doch nicht interessiert. Dabei sind es nicht einmal die Gehälter der Reichs- und Staatsbeamten, die so sehr auf die Tasche des Steuerzahlers drücken, als vielmehr die Gehälter gewisser Beamtenkategorien, die es verstanden haben, sich auf Grund ihres Parteibußes oder bewilligungsfreudiger Kommunalvertretungen in Gehaltsklassen einzufügen zu lassen, in die sie nach Recht und Billigkeit in keiner Weise hinein gehören.

Der einzige Lichtblick in dem neuen Regierungsprogramm ist die in Aussicht genommene Arbeitsdienstpflicht für brach liegende Arbeitskräfte im Rahmen der Hilfsleistung, wenngleich von hier bis zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht noch ein weiter Weg ist.

Unsere Hoffnung auf das neue Finanzprogramm wird nicht zuversichtlich, wenn wir einen Blick auf all die Lasten werfen, die wir im Laufe des Jahres neu auf uns genommen haben. Da erfolgte zunächst im Januar die Erhöhung der Tabaksteuer um 220 Millionen Mark im Jahr. In dem gleichen Monat wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1½ Prozent erhöht, was einer Mehrbelastung der Wirtschaft um 130 Millionen Mark entsprach. Die Steuererhöhungen für Reich und Länder im Monat April belasteten den Steuerzahler um weitere 570 Millionen Goldmark, denen dann im Juli die Notverordnung des Reichspräsidenten folgte, die einschließlich der 1-prozentigen Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung nicht weniger als 800 Millionen Mark aus dem deutschen Volke und seiner Wirtschaft herauspumpt. Es sind während der gleichen Zeitspanne dann noch in den Ländern und Gemeinden zusätzliche Steuererhöhungen von insgesamt 300 Millionen Goldmark erfolgt. Durch den Reichszuschuß zur Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge ist im Reichshaushalt ein neues Defizit von mindestens 900 Millionen Goldmark entstanden. So kommen wir alles in allem für die vergangenen neun Monate des Jahres 1930 zu einer Neubelastung von fast 3,5 Milliarden Goldmark!

Nun sieht bekanntlich das neue Programm der Regierung noch eine weitere 2-prozentige Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung vor, was einer Zusatzbelastung der deutschen Wirtschaft von 520 Millionen Reichsmark entspricht. Nicht ohne Sorge wird man auch die beabsichtigte neue Auslandsanleihe betrachten müssen, die nach Lage der Dinge doch nur zu sehr hohen Zinsen hereinzubringen sind. Hierbei fällt besonders erschwerend ins Gewicht, daß die deutsche Kapitaleinfuhr in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ohne hin schon ein beängstigendes Ausmaß erreicht hat. Während nämlich in den ersten neun Monaten des Jahres 1925 die Aufnahme von Auslandsanleihen 731,7 Millionen Reichsmark betrug, denen dann im Jahre 1926 (selbstverständlich in denselben Vergleichsmonaten) 1289,3 Millionen, im Jahre 1927 940,8 Millionen, im Jahre 1928 1252,8 Millionen und im Jahre 1929 295,0 Millionen Reichsmark folgten, stellt sich die Aufnahme von Auslandsanleihen in den ersten neun Monaten des Jahres 1930 auf nicht weniger als 2193,5 Millionen Reichsmark.

„Wir haben in diesem Jahre“, schreibt ein Zentrumsblatt, „eine Rekordhöhe der Kapitaleinfuhr zu verzeichnen. Wie fern muß eine Reichsregierung den wirtschaftlichen Wirklichkeiten stehen, aus welchen unzulänglichen Mitteln muß sie ihr Material schöpfen, wenn sie angedacht

dieser Zahlen die Behauptung wagt, die Kapitaleinfuhr stockt.“ — 2,1 Milliarden Goldmark, das ist so ungefähr der Betrag, den wir im Wege der Tributzahlungen wieder an das Ausland abgeben müßten. Und die Zinsen und Zinseszinsen an die internationale Finanz haben wir obendrein noch aufzubringen. Alle Welt weiß, daß das neue Finanzprogramm Brünings im Grunde nichts anderes bedeutet als ein letzter Verzweiflungsversuch, die auf der Kriegsschuldfrage beruhenden Tributforderungen unserer Feinde loyal zu erfüllen. Aber alle Welt weiß auch, daß die Tage des noch zu Anfang dieses Jahres so hoch gepriesenen Youngdikates gezählt sind, da es Deutschland immer offensichtlicher in die Arme des Bolschewismus treibt. Man wird der Regierung Brünning einen gewissen Mut zur Verantwortung nicht absprechen dürfen; aber ein Programm, das lediglich unter rein finanztechnischen Gesichtspunkten zusammengestellt wurde, ohne zugleich auch den großen wirtschafts- und nationalpolitischen Problemen des deutschen Volkes Rechnung zu tragen, läßt zu viele Fragen offen, als daß man ihm mit rückhaltlosem Optimismus frühzeitige Vorbeeren zu pflichten vermöchte.

Sollte es aber in absehbarer Zeit abermals zu internationalen Verhandlungen über die Kriegskredite kommen, dann wird die deutsche Regierung hoffentlich aus dem kläglichen Fiasko der Youngpolitik die notwendigen Konsequenzen zu ziehen wissen. Und wenn es eine Regierung ist, die sich nicht allein dem Volke, sondern auch ihrem eignen Worte gegenüber verpflichtet weiß, dann möge sie — wenigstens in einem einzigen Punkte — von dem Führer der Nationalsozialisten lernen, der dieser Tage einem Vertreter der englischen „Times“ gegenüber äußerte: „Der entscheidende Faktor in unserer Haltung gegenüber den auswärtigen Verpflichtungen ist nicht, was wir tun wollen, sondern was wir tun können! Ebenso wie es eine unehrliche Handlung ist, wenn ein Kaufmann seinen Namen unter einen Wechsel setzt, von dem er weiß, daß er ihn nicht einlösen kann, so ist es unehrlich von Seiten eines Staatsmannes im Namen seiner Nation ein internationales Abkommen zu unterschreiben, von dem er weiß, daß diese Nation unfähig ist, es zu erfüllen! Man braucht wahrlich kein Nationalsozialist zu sein, um zu bekennen, daß solche Worte allen redlich denkenden Deutschen aus dem Herzen gesprochen sind.“

Inzwischen ist die 11. Genfer Völkerbundversammlung zu Ende gegangen, ohne ein nennenswertes praktisches Resultat zu haben, was jedoch nicht mehr wunder nimmt, da die Völkerbundtagungen ja eigentlich noch niemals in wichtigeren Angelegenheiten zu einem greifbaren Ergebnis geführt haben. Immerhin hatte man auf die diesmalige Genfer Tagung besonders hohe Erwartungen gesetzt, zumal was die drei wichtigsten Punkte der versprochenen Septembertagung anbelangt: Abrüstung, Minderheitenfrage, Neuordnung des Völkerbundssekretariats. Aber in allen drei Punkten ist es beim alten geblieben. Nicht nur bleibt das Völkerbundssekretariat, dieses Hauptelement des ganzen Völkerbundes, eine rein englisch-französische Angelegenheit, sondern auch die Minderheitenfrage liegt problematischer als je zuvor. Und die Abrüstungsfrage ist erst recht um keinen Millimeter vorwärts gebracht worden. Weber die offene Rebellion der Ukrainer gegen die polnische Gewalt Herrschaft noch die wüste Deutchenhege in Prag haben die Genfer Herren auch nur im geringsten zu irgendwelchen Gegenmaßnahmen veranlassen können. „Kein Wort des Protestes kommt aus Genf“, schreibt ein in allgemeinen recht gemäßigter Außenpolitiker, „es scheint, als ob man dort vor allem, was Realität des politischen Lebens ist, die Augen verschließt, um lieber beim Champagner eines bezaubernden Festes des rumänischen Delegierten die allgemeine Weltverbrüderung wenigstens in Genf genießen zu können!“ In der rauhen Praxis aber geht das Betrüben der großen Mächte munter weiter, und in Polen heßt man offen zu einem Kriege gegen Deutschland, der mit einem „bis zur Grausamkeit gehenden Kampfe“ geführt werden soll. Gleichzeitig hat in Bar-le-Duc ein politisches Frühstück stattgefunden, an dem die Deutschhasser Poincaré, Tardieu und Kriegsminister Maginot teilnahmen. Es sind in der Weltpresse an dieses geheimnisvolle Frühstück mancherlei Vermutungen geknüpft worden, die auch ihrerseits das deutsche Volk zu erster Vorsicht mahnen. Eins steht jedenfalls fest: daß nämlich die elfte Völkerbundversammlung die unheimlichwürgere Atmosphäre Europas nicht im geringsten gemildert, sondern im Gegenteil mit weiteren Spannungen geladen hat. Wir haben schon neulich an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht, daß die diesmalige Genfer Tagung erstmals in ziemlich

deutlichen Umrissen die neuen europäischen Fronten zeige: Frankreich und seine Vasallen auf der einen Seite und die Revolutionsfront auf der anderen Seite. Vor einigen Tagen meldete ein Genfer Berichterstatter einer führenden deutschen Zeitung: „Die 11. Völkerbundversammlung ist nicht nur stehen geblieben, sie bedeutet den Beginn eines Zerfalls- und Auflösungsprozesses an, dessen Ende und Ergebnis noch nicht abzusehen ist. Sie war ein Kampf aller gegen alle in sämtlichen politischen und wirtschaftlichen Fragen und sie war gerade dadurch ein Beweis, wie stark die Spannungen überall geworden sind!“

Und in Deutschland werden zwei junge Reichswehr-offiziere, die aus ungezügelter Vaterlandsliebe vielleicht gegen ihre Dienstvorschrift gekämpft haben mögen, zu anderthalb Jahren Festung und Entfernung aus dem Dienste verurteilt, während man den Berliner Oberbürgermeister Böß nach einem sehr dunklen Prozeß, von dem merkwürdigerweise die Öffentlichkeit und die Presse ausgeschlossen waren, wieder in Amt und Würden einsetzte. Außer bei der demokratischen und sozialdemokratischen Partei hat dieser Freispruch — denn die „Geldbuße“ von RM. 3000. — kann man unmöglich als Strafe bezeichnen — überall helle Empörung hervorgerufen. Böß tritt nun zwar „freiwillig“ von seinem Amte zurück, aber die von ihm beantragte Pension in Höhe von 28 000 Goldmark pro Jahr ist durch den Prozeß für ihn gerettet. 28 000 Mark Pension in einem aus tausend Wunden blutenden Deutschland für einen Mann, der Deutschlands Ansehen draußen in der Welt auf das schwerste erschüttert hat — und anderthalb Jahre Festung und pensionslose Entfernung aus dem Dienste für zwei junge Menschen, die — wie selbst das Leipziger Gericht anerkennen mußte — eine „tadellose Vergangenheit“ hinter sich haben, von „edler Gesinnung“ getragen und „von glühender Vaterlandsliebe beseelt“ waren.

Die Gegenüberstellung dieser beiden Urteile genügt, um zur Erkenntnis zu kommen, daß in Deutschland noch manches anders werden muß, wenn wir im Rate der Völker wieder einmal den Platz besetzen wollen, der einem zivilisierten und arbeitssamen 60 Millionen-Volke zusteht.

Der Bielefelder Deutsche Beamtenbund zu den Maßnahmen der Reichsregierung!

Schwerste Last lastet auf dem deutschen Volke. Fast drei Millionen sind arbeitslos und auf die sozialen Maßnahmen des Staates angewiesen. Genuß und Landwirtschaft führen einen schweren Kampf um ihre Existenz. Die allgemeine Absatzkrise auf dem Weltmarkt wirkt sich in Deutschland um so mehr aus, als die ungeheuerlichen Summen an Reparationen und Schuldendienst von zirka 3 Milliarden nicht nur fast ausschließlich der deutschen Volkswirtschaft entzogen werden, sondern darüber hinaus die Konkurrenzkräfte der anderen Völker stärken. — Die Reichskasse ist leer. —

Dieser schwersten Notlage gegenüber gedenkt die Reichsregierung Maßnahmen zu ergreifen, die wie folgt gekennzeichnet sind: Lohn-, Gehalts- und Preisabbau.

Lohn- und Gehaltsabbau sind bereits in Angriff genommen; ob die Regierung jedoch in der Lage ist, einen Preisabbau zu bewirken, muß bezweifelt werden. — Ganz abgesehen davon ist auch zunächst zu untersuchen, inwieweit die Maßnahmen überhaupt geeignet sind, die wirtschaftliche Allgemeinlage des deutschen Volkes zu verbessern.

Lohn- und Gehaltsabbau bedeuten zunächst Ausgaben-einschränkung der breiten Massen, bedeuten weiter ein Nachlassen der Kaufkraft des Inlandsmarktes und bedeuten letzten Endes: weniger Verbrauch, dementsprechend weniger Produktion und erhöhte Arbeitslosigkeit.

Diesem Minus kann die Hoffnung, durch Warenverbilligung eine verstärkte Ausfuhr zu erreichen, nicht als Plus entgegengesetzt werden; da die Ausfuhr nicht allein von der Billigkeit der Ware abhängig ist, sondern von dem Aufnahmebedürfnis des Weltmarktes. Das Ausland aber ist mehr denn je bestrebt, durch Zölle, Einfuhrverbote, Handelsverträge usw. die eigene Produktion zu schützen.

Dagegen werden die Maßnahmen der Reichsregierung bestimmt im Gefolge haben, daß die Schuldverpflichtung des deutschen Volkes sich dem realen Werte nach um den selben Prozentsatz erhöhen wird, um den das Volkseinkommen geschnitten wurde. —

Gewerbe und Landwirtschaft, die sowieso schon unter einer starken Verschuldung leiden, müssen zusehen, wie

ihre sinkenden Sachwerte von der bestiegenden Schatzkammerlast erdrückt werden.

Ein radikaler Preisabbau wird geradezu eine Katastrophe bedeuten, da die beliebigen Objekte nominell im Werte sinken, die Belastung aber nominell in gleicher Höhe bestehen bleibt, was relativ einem Anwachsen der Schulden gleichzusetzen ist.

Die Maßnahmen der Regierung werden daher zwingend dazu führen, die Monopolstellung des bankmäßig zusammengefaßten internationalen Kreditkapitals zu stärken, zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft.

Die deutsche Berufsbeamtenschaft, die in ihrer Amtsführung als Vertreter eines Volksstaates gewöhnt ist, die Dinge nicht vom Standpunkt großer Interessenhaufen zu betrachten, tritt als Warnerin an die Öffentlichkeit, nicht nur deshalb, weil ein Gehaltsabbau ein erneutes Opfer für sie bedeutet, sondern weil dieses Opfer vergeblich gebracht wird.

Die verzweifelte Lage der Arbeiterschaft erweist in uns tiefes Mitleid und den Willen zum Opfer. — Wir erkennen jedoch weiter, daß nicht die Leistungen des Reiches an die Arbeitslosenversicherung es sind, die den Haushalt letzten Endes immer wieder aus dem Gleichgewicht bringen, sondern die Unmöglichkeit, die auf dem Verfallender Vertrag basierenden Lasten in der geforderten Höhe weiter zu tragen.

Die Beamtenschaft fordert daher, daß die Reichsregierung in erkennbarer Weise von dem vertraglichen Recht Gebrauch macht und zum mindesten eine Stundung der zur Zeit unmöglichen Reparationsverpflichtungen herbeiführt.

Es gibt eine Harmonie bei staatspolitischen und volkswirtschaftlichen Dingen, die nicht ungefragt gestört werden kann.

Ausnahmemaßnahmen des Staates, die eine Schmälerung der Kaufkraft der breiten Massen im Gefolge haben, bedeuten zur Zeit einen Kampf des Staates gegen sich selbst.

Neuwahlen und Italien.

Der Verfasser des Artikels „Ausland und Reichstagswahlen“ hat recht, wenn er meint, daß das Bild, das bisher vermittelt worden war, einseitig ist. Das wurde aber weder von der Schriftleitung noch von mir beabsichtigt. Durch eine falsche Disposition von mir ist ein späterer Aufsatz über Pressestimmen in Italien nicht veröffentlicht worden. Um das Bild abzurunden, wird von Interesse sein, noch kurz die Hauptgedanken nachzutragen, die im „Popolo d'Italia“ und „Il Corriere della Sera“ erwähnt worden sind.

„Von der politischen Seite betrachtet“, führt der „Popolo d'Italia“ u. a. aus, „wird die nationalsozialistische Welle vielleicht keine Entscheidung bringen und die vorhandene parlamentarische Verwirrung nicht entwirren. Sie ist aber ein Symptom. Die Phrasen, die die kluge Demokratie in Umlauf setzt, verlieren ihren Wert.“

Wenn wir die Wahlen werben wollen, dann waren sie eine antiparlamentarische, antidemokratische und antimarkistische Kundgebung. Es ist Deutschland, das sich selbst findet, es ist Deutschland, das an sich glaubt. Die Sozialdemokraten verlieren 600 000 Stimmen und 10 Mandate. Ihre Organisation, die auf Parasitismus im Staate aufgebaut ist, hat sie vor dem schweren Schlag nicht bewahrt. Die größte Niederlage haben die Anhänger Stressemanns trotz ihrer finanziellen Reserven der Großindustrie erlitten. Der Geist hat über die Stahlindustrie gesiegt. Der Stressemann-Mythos ist beendet. Mit einer naturwidrigen Annäherungspolitik hat Stres-

mann die Räumung des Rheinlandes fünf Jahre vorher durchsetzen können. Aber fünf Jahre sind nicht viel für ein Volk, das undankbare Vergichte leisten mußte. Frankreich verharrt in der Verteidigung der Friedensverträge.

Der Sieg der Nationalsozialisten ist die Revolte der Jüngeren gegen das alte parlamentarische, demokratische und marxistisch durchsetzte System, das zu regieren unfähig ist.

Der „Corriere della Sera“ aus Mailand schreibt u. a. folgendes: „In einem wichtigen Abschnitt des europäischen Lebens haben diese Wahlen stattgefunden. Das deutsche Volk wurde, als es aufgefordert wurde, zur Urne zu gehen, gefragt, ob es an sich und seine Auferstehung glaube. Es wurde gefragt, ob es sich seiner Kräfte bewußt ist und ob es diese Kräfte ausbilden will, damit sie eine Rolle in der Politik spielen sollen. Auf diese Fragen hat das deutsche Volk mit einem nicht mißzuverstehenden Ja geantwortet. Es ist jedenfalls bemerkenswert festzustellen, daß die schlechte Lage der deutschen Industrie die allgemeine Krise, die Arbeitslosigkeit, die Schärfe der sozialen Gegensätze den größten Teil des deutschen Volkes nicht veranlaßt haben, eine Antwort zu geben, die Resignation und Niedergeschlagenheit bedeutet.“

In Frankreich hat dieser Erfolg große Beunruhigung ausgelöst, weil er beweist, daß die Kräfte der Gegenwehr trotz der ungünstigen wirtschaftlichen, moralischen und geschichtlichen Bedingungen noch immer lebendig sind. Die freimaurerische Demokratie hatte bis jetzt gut geklappt. Nun ist der Spuk zu Ende. Der Riese jenseits des Rheins ist noch gemordet. Man darf die Befürchtungen und Warnschreie der Franzosen (die inzwischen nicht nachgelassen haben) nicht ernst nehmen. Zudem die französische Presse die Gefahr maßlos übertreibt, verleiht sie Frankreich als den einzigen Verfechter des Friedens hinzustellen. Sie will auch damit die ungeheuren Ausgaben für Kriegervorstellungen, die ein Skandal sind, begründen.

Wir Italiener sehen den deutschen Bemühungen mit Sympathie zu, die auf die Errichtung eines Systems hinführen, das Leben und nicht Tod bedeutet, das Autorität und nicht Schwäche ist, das Bewegung und nicht Ruhe erzeugt. Mit Bewußtsein erklären wir, daß wir für die Auferstehung des deutschen Volkes sind, weil sie das Gleichgewicht in Europa herzustellen vermag und die Hegemonie Frankreichs unmöglich macht, die die europäische Kultur um Jahrzehnte zurückwirft.“ Günstig lautet auch die Ansicht, die in dem faschistischen Regierungsblatt geäußert worden ist.

Wenn Mussolini, der einige Tage vor den Wahlen erklärt hatte, daß sie ihn nicht interessieren, plötzlich eine große Sympathie für Deutschland bekundet, so dürfen wir ja nicht in den Fehler verfallen und meinen, daß die Schwankung lediglich unferntwillen erfolgt sei. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Mussolini glaubt, daß eine national beeinflusste Regierung seinen Zielen förderlicher ist als die bisherigen Regierungen, die stark nach Frankreich gerichtet waren. Wenn wir auch gern jede Hilfe entgegen nehmen, so müssen wir darauf bedacht sein, nicht vor den Wagen der faschistischen Regierung gespannt zu werden, um Frankreich für Italien gefügig zu machen.

Als entwaffnetes, entrechtetes und uneiniges Volk sind wir ein schwacher Bundesgenosse, der leicht in Nachteil geraten kann. Wir sind für jede freundliche Stimme dankbar, wenn sie versucht, den Worten Taten folgen zu lassen. Wir freuen uns, daß auch Lord Rothermere sich kürzlich über uns günstig ausgesprochen hat. Beirren lassen wir uns aber nicht. Als Druck für Italien gegen Frankreich, als Sturmtruppe Englands lassen wir uns nicht mißbrauchen. Wir wollen nicht anderen die Rastanten aus dem Feuer holen, sondern unsere Freiheit eringen.

E. F. R.

Vor und nach Tisch.

Vor der Wahl schrieb der „Vorwärts“: „Die Sozialdemokratie war es, die die Auflösung des Reichstages erzwingen und erreicht hat, daß das deutsche Volk selbst entscheidet. Sie hat an die Stelle der Diktaturgelüste die Volksbefragung gesetzt.“ Nachdem die Sozialdemokratie zehn Mandate verloren hat, schreibt der gleiche „Vorwärts“: „Das eine steht fest: Die Regierung hat aufgelöst in der Hoffnung, einen ihr günstigen Reichstag zu gewinnen. Wie ist eine Hoffnung schmählicher enttäuscht worden.“

Man würde diesen Treppenvielf nur verwischen, wollte man ihm etwas hinzufügen.

(„Sozialwirtschaftliche Korrespondenz.“)

Wieviel Arbeitslose gibt es in Deutschland und anderswo?

Deutschland trifft die Weltwirtschaftskrise am stärksten. Es steht mit seiner Arbeitslosigkeit an der Spitze aller Staaten, die alle eine unverhältnismäßig hohe Arbeitslosenziffer haben. Nur Frankreich hat, nicht zuletzt durch die deutschen Reparationszahlungen, so gut wie keine Arbeitslosen, ja in einigen Industrien muß es ausländische Arbeiter anwerben. Deutschland zählte Anfang August 1930 nahezu 3 Millionen Arbeitslose, Japan im Februar dieses Jahres 800 000 Arbeitslose. Ihm folgte Italien mit 487 580, Österreich mit 269 723, Polen mit 249 402, England mit 158 200 und Belgien mit 47 626 Arbeitslosen.

Ein aussichtsloser Antrag.

Rein „Monte Carlo“ in Deutschland.

Auf der diesjährigen Tagung des Allgemeinen Deutschen Baderverbandes stand u. a. eine der Reichsregierung von dem Verbands überreichte Denkschrift zur Erörterung, in der die Wiedereinführung des Glücksspiels in großen Bädern und Kurorten mit starker Fremdenfrequenz beantragt wurde. Die Forderung wird u. a. begründet mit dem Beispiel Frankreichs, wo die Erträge der Spielkasinos im vergangenen Jahr dem Staat 400 Millionen Franken eingebracht haben sollen, sowie des Freistaates Danzig, der — wie gesagt wird — mit den Gewinnen des Zoppotter Casinos seine ganzen Soziallasten finanziert. Auf Grund einer Schätzung glauben Freunde des Vorschlages voraussetzen zu können, daß in Deutschland die Zulassung des Glücksspiels in wenigen Bädern mit internationalem Fremdenverkehr eine neue Einnahmequelle von mindestens 100 Millionen Mark erschließen würde, die teils Staat und Reich, teils dem Ausbau der deutschen Kurorte sowie wissenschaftlichen und sozialen Zwecken zugute kommen könnten. — Besonders peinlich wirkt in dieser Empfehlung eines Luxusvergnügens, das erfahrungsgemäß nicht dem Gros der ihrer Gesundheit lebenden Badegäste, sondern einer kleinen Schicht vielfach unerfreulicher Lebewesen dient, der Hinweis auf die sozialen Verwendungsmöglichkeiten der Einnahmen. Im übrigen muß das deutsche Volk es ablehnen, „Monte Carlo“ — und sei es auch in gereinigten Ablegern — in seine Grenzen aufzunehmen. Mit Recht haben die deutschen evangelischen Kirchen im vergangenen Jahr in einer Eingabe an den Reichsinnenminister darauf hingewiesen, daß es in einem Augenblick, da die Stärkung des Arbeitswillens und die Stärkung aller sittlichen Energien allein das deutsche Volk wieder voranbringen kann, nicht angehe, neue Herde sittlicher Infektion zu schaffen. Der damalige Reichsinnenminister hat der Stimmung weitest Kreise ohne Unterschied der politischen und weltanschaulichen Richtung entprochen, als er die Freigabe des Glücksspiels ablehnte. Der dem Zentrum angehörige heutige Minister wird nicht anders handeln können als sein sozialistischer Vorgänger.

Dem Verfasser des „Starchenbuches“ zum Gedächtnis.

Am 10. Oktober dieses Jahres ist ein Vierteljahrtausend verflossen, sei der Mann das Licht der Welt erblickte, der durch das von ihm verfaßte „Tägliche Handbuch in guten und bösen Tagen“ in der ganzen deutschen evangelischen Christenheit und darüber hinaus bekannt geworden ist und sich ein bleibendes Denkmal gesetzt hat. Für alle Zeiten wird der Name Johann Friedrich Starch in der evangelischen Kirche leuchten und mit Dank genannt werden. Denn reiche Segenskräfte sind von diesem Manne ausgegangen und noch heute wirkt er durch das von ihm zur Erbauung der Seelen geschriebene Wort. Zwar die wissenschaftliche Theologie ist von ihm wohl nicht in besonderer Weise bereichert worden, und in den Büchern der Kirchengeschichte findet man seinen Namen kaum genannt oder nur kurz erwähnt. Aber um so mehr ist er in der evangelischen Laienwelt bekannt und geliebt. Denn das von ihm geschriebene Erbauungsbuch — nach ihm kurz „das Starchenbuch“ genannt — wird noch heute in vielen evangelischen Christenhäusern mit Andacht gelesen und ist Tausenden ein Führer auf dem Lebenswege. Es ist ein christliches Volksbuch im besten Sinn des Wortes und ein Schatz, der nicht veraltet. Mag vielleicht Einzelnes in Form und Ausdruck dem Empfinden der Neuzeit nicht ganz entsprechen, das schlichte Christenvolk wird immer wieder zu diesem Buche greifen, das eine nahrhafte Seelen Speise darreicht und die grundlegenden Lebenswahrheiten in leicht verständlicher Form bietet. „Bücher haben ihre Schicksale“, sagt das Sprichwort. Und diese Schicksale sind sehr verschieden. Unzähliges, was geschrieben ward, hatte nur zeitgeschichtlichen Wert und sank bald in Vergessenheit. Das mag auch von diesem und jenem gelten, was Starch sonst geschrieben hat. Aber sein „Tägliches Handbuch“ ist seit 2 Jahrhunderten in ungebrochenem Gebrauch, und noch immer strecken viele danach verlangend die Hand aus. Der Verfasser war Pre-

diger und Konsistorialrat in Frankfurt a. Main, wo er bis zu seinem Tode am 17. Juli 1756 in reichem Segen und hingebendem Eifer gewirkt hat. Hier war vorher durch Philipp Jakob Spener das Feld bestellt, der auf weite Kreise erwecklich gewirkt und dem Pietismus Boden gewonnen hatte. Starch vertrat diese Richtung in ihrer milderen Form, in treuem Festhalten am Bekenntnis der Kirche, aber auch in dem Bewußtsein, wie sehr der Kirche die durch den Pietismus angebahnte Neubelebung not tat. Dabei bleibt er einfach und schlicht in seiner Rede und greift ein ins tägliche Leben. Das ist es neben dem kernigen Glaubensinhalt, was ihm für sein Wort das Ohr und Herz des einfachen Christenvolkes gewinnt. Wir brauchen auch heute nichts nötiger als solche Seelenführer, die — selber im lebendigen Glauben stehend — das Volk verstehen und ihm zum Herzen reden. In dem „Starchenbuch“ redet ein Mann zu dem Christenvolke, der ein Auge lebendigen Glaubens ist und der zugleich den Pulsschlag der Volksseele kennt und mit dem Volke fühlt. Neben dem so notwendigen Buch für die tägliche Hausandacht wird das Buch von Starch noch heute mit Segen gebraucht werden, weil es die mannigfachen Schicksale und Wechselfälle des Lebens mit Gottes Wort beleuchtet und mit Gebetsgeist durchströmt.

P. L. R. Cordes, Osterholz-Scharmbeck.

Das Testament.

Von Justizobersekretär Karl Fuchs, Neuh.

Das Gesetz verlangt von einem eigenhändigen Testament zu dessen Gültigkeit nur eine von dem Erblasser unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung (§ 2231 BGB.). Trotz dieser einfachen Vorschrift werden aber häufig Formfehler gemacht, durch die das Testament nichtig wird.

Zunächst ist erforderlich, daß das ganze Testament von dem Erblasser eigenhändig abgeschrieben

wird, es darf also nicht einer anderen Person diktiert oder auf der Schreibmaschine gefertigt werden. Wenn auch nur ein Wort von fremder Hand geschrieben ist, so ist auf jeden Fall der Teil des Testaments ungültig, in dem sich die fremden Schriftzüge befinden; die Unwirksamkeit eines Teils kann aber auch die Unwirksamkeit des ganzen Testaments zur Folge haben. Briefbogen mit vorgegedrucktem Ortsnamen sind wenig geeignet zur Niederschrift eines Testaments. Denn es ist durchaus erforderlich, den Ortsnamen handschriftlich zu wiederholen und das wird gar zu leicht übersehen.

Als Ortsbezeichnung ist der Ort der Errichtung des Testaments, und nicht etwa der Wohnort anzugeben. So hatte z. B. eine Chefrain, die sich vorübergehend bei Verwandten in Berlin-Niederkreuzberg aufhielt und dort ein Testament errichtete, irrig ihren Wohnort Berlin-Pantow angegeben. Das Testament wurde wegen der falschen Ortsbezeichnung angefochten; in diesem Falle hat allerdings das Kammergericht das Testament noch für gültig erklärt, weil der Ortsname Berlin als ausreichend angesehen wurde. Hätte sich aber die Frau etwa bei Verwandten in Hannover aufgehalten, dann wäre das Testament nichtig gewesen.

Zu der Angabe des Tages gehört auch die Jahreszahl. Ob die Angabe „Ostern 1930“ ausreichend ist, ist zum mindesten zweifelhaft, denn es gibt zwei Osterfesttage, der Tag ist also nicht genau bezeichnet. Geringfügig ist z. B. die Angabe „Köln, am Sonntag Ostern 1930“ als ausreichende Orts- und Zeitbestimmung anzusehen.

Bei der Unterschrift muß es sich um eine wirkliche Namensunterschrift handeln, die nicht durch einen Stempel oder Firmenstempel ersetzt werden kann. Auch „Euer Vater“ ist keine Unterschrift. Die Unterschrift steht, wie die Bezeichnung ja schon sagt, unter dem Schriftstück, und doch werden Testamente etwa in folgender Form errichtet: „Ich, Anton Müller, bestimme, daß ...“ Weil ein solches Testament keine Unterschrift trägt, ist die Bezeichnung vielmehr lediglich im Text steht, ist das Testament wegen eines Formfehlers nichtig.

Rasches Ende.

Zusammenbruch der Staatspartei.

Sehen Waltrusch und Adolph zum „Volksdienst“ über?
Der Hauptaktionsausschuß der Deutschen Staatspartei, der in Berlin tagte, debattierte in dreierlei Hinsicht und zum Teil recht bewegter Sitzung über die Unstimmigkeiten, die sich in letzter Zeit in der Partei ergeben haben. Nach Schluß der Beratungen veröffentlichte die Demokraten und die Jungdeutschen folgende Mitteilung:

„In der Sitzung des Hauptaktions-Ausschusses der Deutschen Staatspartei wurde der Antrag, angesichts der hervorgetretenen Schwierigkeiten der Zusammenarbeit die verschiedenen politischen Gruppen in ihrer organisatorischen Selbständigkeit zunächst innerhalb der Deutschen Staatspartei unberührt zu lassen, abgelehnt. Des weiteren wurde der Antrag, die Führung der Partei durch Ausschaltung bestimmter Personen zu ändern, abgelehnt. Hiernach erklärten Arthur Mahraun und die Mitglieder der Volksnationalen Reichsvereinigung im Hauptaktions-Ausschuß ihren Austritt aus der Deutschen Staatspartei mit der Begründung, daß weltanschauliche Gegensätze ihnen das weitere Verbleiben in der Deutschen Staatspartei unmöglich machten.“

Der Antrag auf Veränderung der Parteiführung, von dem in dieser Mitteilung die Rede ist, war von dem jungdeutschen Ordenskanzler Bornemann eingebracht worden und zielte auf die Ausschaltung des preußischen Finanzministers Dr. Höpfer-Wischoff und des Staatssekretärs a. D. Meyer hin. Zur Begründung seines Antrags soll Ordenskanzler Bornemann auf Erklärungen des Ministers Höpfer-Wischoff und des Abg. Meyer verwiesen haben, in denen von weltanschaulichen Gegensätzen zu den aus der Volksnationalen Partei hervorgegangenen Herren Waltrusch und Adolph die Rede war.

Es mit diesem Ausgang der Beratungen auch die Fraktionsgemeinschaft der Demokraten und des Jungdeutschen Ordens erlosch, ist noch ungewiß. Durch eine Spaltung der Reichstagsfraktion würden beide Teile ihre Fraktionsstärke verlieren. Man hält es daher für wahrscheinlich, daß die Reichstagsfraktion durch eine Art Kartellverhältnis zunächst erhalten wird. Eine endgültige Entscheidung dürfte am Montag von der Fraktion selbst getroffen werden.

Roch-Weser tritt zurück.

Reichsminister a. D. Roch-Weser hat den Vorsitz der Deutschen Demokratischen Partei niedergelegt und veröffentlicht folgende Erklärung:

„Wir wollen deutsch bleiben.“

Das Saargebiet fordert die Wiedergutmachung eines großen Unrechts.

— Saarbrücken, 8. Oktober.

Im Rahmen eines Parteitag der Saargebietes gelangte in Saarbrücken einstimmig eine Entschließung zur Annahme, die mit begründeter Deutlichkeit den Unwillen des Saarlandes über die Hinabsetzung der Rückgliederung und seine Forderung nach baldiger Rückkehr in das Reich unterstreicht. In dieser Entschließung heißt es u. a.:

„Die Pariser Saarverhandlungen sind im Sommer dieses Jahres unterbrochen worden. Sie scheiterten an französischen Forderungen, auf die Deutschland trotz größten Entgegenkommens nicht eingehen konnte. Es zeigte sich, daß man in Frankreich die Rückgliederung des Saargebietes noch nicht wollte.“

Veränderungen oder Zusätze im Testament unterliegen den gleichen Vorschriften, sie müssen also handschriftlich hergestellt werden, nochmals mit Ortsbezeichnung und Angabe des Tages versehen und selbstständig unterschrieben werden.

Bei einem gemeinschaftlichen Testament — das nur Ehegatten errichten können — steht häufig der gleiche Fehler wieder. Der eine Ehegatte muß das Testament schreiben, mit Orts- und Zeitangabe versehen und unterschreiben. Es genügt nicht, daß der andere Ehegatte einfach mitunterschreibt, er muß vielmehr eigenhändig die Erklärung hinzufügen, daß das vorstehende Testament auch als sein Testament gelten solle und er muß, was vielfach unterbleibt, dieser Erklärung die Orts- und Zeitangabe sowie die Unterschrift hinzufügen.

Die Rechtsprechung verlangt zur Gültigkeit des Testaments nicht mehr als das Gesetz wörtlich vorgegeben hat. Eine Ueberschrift „Testament“ ist also nicht erforderlich. Weil nicht vorgeschrieben ist, daß das Testament in deutscher Sprache zu errichten ist, sind auch in fremder Sprache abgefaßte gültig. Auch ein stenographisches Testament ist für gültig erklärt worden. Eigentlich ist ja selbstverständlich, daß das Testament auf Papier geschrieben wird, weil dieses aber nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, konnten Testamente, die auf eine Schiefertafel, eine Manschette, und sogar auf den Deckel einer Tasse geschrieben worden waren, für gültig erklärt werden. Es ist auch schon vorgekommen, daß ein Gefangener sein Testament in die Wand seiner Zelle eingetribelt hat, dieses Testament ist für gültig angesehen worden. Ob es allerdings ratham ist, derartige Absonderlichkeiten zu begünstigen, ist eine andere Frage. Man sieht jedoch, daß die Rechtsprechung bestrebt ist, die Gefahren der strengen Formvorschriften nach Möglichkeit zu mildern.

Wer ein nicht ansehnliches Testament eigenhändig errichten will, tut gut, sich die Regel zu merken:

„Selbst geschrieben und unterschrieben,
Auch Ort und Tag nicht schuldig geblieben,
Das gibt bei jedem festgen End
Ein gut und gültig Testament.“

„Nachdem die Volksnationalen zu meiner tiefen Enttäuschung den Austritt aus der Staatspartei vollzogen haben, lege ich mein Amt als Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei nieder. An dem Ziel einer Sammlung der Elemente der Mitte, die auf dem Boden des heutigen Staates und der heutigen Wirtschaftsordnung stehen und die bereit sind, sie nach rechts ebenso wie nach links zu verteidigen, halte ich fest. Die Zeit für eine solche Entwicklung ist reif, ja überreif. Möchten die Menschen dazu reif werden, ehe es zu spät ist.“

Höpfer-Wischoff zur Spaltung.

Auf einer von der demokratischen Partei veranstalteten Pressebesprechung erklärte Minister Höpfer-Wischoff u. a.:

Um die Unstimmigkeiten zu beseitigen, habe er den Volksnationalen Richtlinien vorgelegt. Nach diesen sollte zur Führung der Staatspartei der vom Parteitag zu wählende Vorstand berufen sein, ferner sollten die Angriffe auf die demokratische Gruppe aufhören. Herr Mahraun habe am 3. Oktober in einem Rundschreiben an seine Organisationen die Staatspartei als einen Zweckverband bezeichnet und festgestellt, daß die Volksnationale Reichsvereinigung als selbständige Organisation aufrechterhalten werden sollte; die Volksnationale Reichsvereinigung werde zukünftig nur Mitglieder für sich selbst werben, nicht aber für die Staatspartei.

Der endgültige Bruch sei dann erfolgt, als die volkshationale Gruppe mit der ultimativen Forderung des Ausscheidens von Dr. Höpfer-Wischoff und Meyer aus dem Vorstand der Staatspartei gekommen sei. Mit der Behauptung des Jungdeutschen Ordens, daß weltanschauliche Gegensätze den Bruch herbeigeführt hätten, würden die Tatsachen verfliecht. Tatsächlich seien es persönliche Differenzen und das Ringen der Volksnationalen um die Macht gewesen.

Man spricht davon, daß die christlich-sozialen Abgeordneten der Staatspartei, Waltrusch und Adolph sich dem „Volksdienst“ anschließen wollen, so daß dann der „Volksdienst“ über 16 Sitze verfügen und Fraktionsstärke haben würde. Jedenfalls hat auch die staatsparteiliche „Sammlung“ nichts anderes bezweckt, als eine weitere Zerspaltung der deutschen Wählerschaft, die sich ohnehin über einen Mangel an Parteien und Parteien nicht zu beklagen braucht.

Nacht und Gerechtigkeit verlangen unerbittlich die baldige Wiedergutmachung eines großen Unrechts, das dem Saargebiet durch die gegen seinen Willen erfolgte Lostrennung vom Vaterlande zugefügt wurde. Das Saargebiet ist mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet aufs engste verbunden. Diese Zusammengehörigkeit haben besonders die Jahre der Losrennung erlitten. Denn die Wirtschaft des Saargebietes konnte nur aufrechterhalten werden durch dauernden Entgegenkommen des Reiches. Deutschland verzichtete auf Zölle und leistete gewaltige soziale Zuschüsse.

Stärker aber noch als alle wirtschaftlichen Erwägungen sind die Bande des Blutes, der Sprache, der Kultur. Wir waren seit über tausend Jahren deutsch und wollen immer deutsch bleiben. Wir wissen, daß unser Vaterland jetzt schwere Zeiten durchlebt und daß die Mühsale zur Schmach und nicht der Sorge entbehrt. Wir wollen aber gemeinsam mit unseren Brüdern und Schwägern deutsche Sorgen tragen und deutschen Aufschwung erstreben. Wir verlangen die restlose Rückgliederung des ganzen Saargebietes zur deutschen Heimat. Hierfür dürfen wir keine Bedingungen aufzulegen, die unsere Rechte verletzen. Lieber warten wir bis zur Selbstbestimmung, auf der wir bestehen. Wir sind unerschrocken gewiß, der Welt wird es dann von neuem offenbar werden, daß das Saargebiet leuchtend deutsch ist.“

Ausweisungen aus Eupen-Malmédy.

Unter Zwangstransport an die Grenze.

Wie aus den nach dem Kriege von Deutschland losgerissenen und Belgien einverleibten Kreisen Eupen-Malmédy gemeldet wird, werden in diesen Kreisen seit einiger Zeit Personen ausgewiesen, die nach dem Gesetz vom 4. August 1926 auf die belgische Staatsangehörigkeit verzichtet haben und dadurch staatenlos geworden sind.

Zu die Ausgewiesenen in der Regel den Befehl nicht befolgt, wurden sie zwangsweise über die deutsche Grenze in den Regierungsbezirk Aachen abgeschoben. Die Regierung in Aachen hat bereits das auswärtige Amt um Vorstellungen bei den belgischen Behörden gebeten.

Heute wird ein Fall bekannt, in dem ein Abgeschobener aus Aachen in sein Elternhaus zurückkehrte und von neuem verhaftet wurde. Diesmal wurde er nach Lüttich gebracht, von wo er voraussichtlich zum zweiten Male abgeschoben werden wird. In einem anderen Falle hatte ein Abgeschobener Beschwerde beim belgischen Justizminister erhoben, der die Ausweisung als einen Irrtum erklärte und sie aufhob. Die Ausweisungen treffen unter anderen auch Personen, die dauernde Aufenthaltserlaubnis in ihrer Heimat in Belgien besitzen!

Weiterer englischer Matrosen?

* Nach Berichten aus Nizza haben auf dem englischen Kriegsschiff „Haveng“ 40 Matrosen den Gehorsam verweigert. Die Mannschaft soll über schlechte Verpflegung Klage geführt haben. Die 40 Matrosen hatten Landurlaub erhalten und sich gemeldet, wieder an Bord zurückzuführen.

Bürgerkrieg in Brasilien.

Die politische Unruhe Südamerikas, die sich seit vielen Wochen bemerkbar macht, hat nun auch auf Brasilien übergegriffen und scheint hier ihren stärksten und blutigsten Ausdruck finden zu sollen. Das gesamte Land — es handelt sich um ein Gebiet von etwa dem 20fachen Flächeninhalt Deutschlands — befindet sich in Gärung. Hauptzentrum des Aufstandes ist der Süden, insbesondere der Staat Rio Grande do Sul, in dem der bei den Präsidentschaftswahlen unterlegene Kandidat Getulio Vargas unbeschränkt herrscht. Darüber hinaus scheinen die Revolutionäre auch in den übrigen Bundesstaaten einen großen Anhang, in fünf Staaten sogar die Macht in Händen zu haben.

In den Vereinigten Staaten wertet man die Vorgänge in Brasilien als die größte Erhebung in den südamerikanischen Staaten. Kennzeichnend für den Ernst der Stunde sind die Rückwirkungen der brasilianischen Unruhen an den New Yorker Börsen. Die Anleihen Brasiliens erlitten erhebliche Kursverluste, und die Kaffeepreise stiegen bei geringen Umsätzen um rund 150 Punkte. Erst recht katastrophal sind die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des neuen Kampfes um die Macht in der Hauptstadt Brasiliens, Rio de Janeiro, wie es die Verdreifachung der Lebensmittelpreise offenbart!

Nach den letzten Meldungen aus Südamerika soll der Erfolg der Revolution nur noch eine Frage von Stunden sein. Wie bei den Unruhen in Bolivien, Peru und Argentinien sind jetzt auch in Brasilien erhebliche Teile des Heeres verhältnismäßig rasch zu den Aufständischen übergegangen, so daß aus dem Süden bereits eine Heeresgruppe in Stärke von 80 000 Mann, mit schweren Geschützen und Maschinengewehren ausgestattet, den Vormarsch gegen Rio und die, auch von Deutschen bewohnte Stadt Sao Paulo antreten konnte.

Die Regierung Brasiliens hat eine starke Streitmacht entandt, die den Südruppen den Weg verlegen soll. Die Lösung des Brandherdes selbst wurde der Flotte übertragen, die nach Rio Grande do Sul ausgelaufen ist. Die räumliche Differenz zwischen den beiden Heerhaufen dürfte nur noch ganz geringfügig sein, so daß sich bald zeigen wird, wer von den beiden Parteien der Mächtigere ist. Noch ist freilich nicht gesagt, ob es zu dieser verhängnisvollen Entscheidungsschlacht kommen wird, es besteht nämlich auch die Möglichkeit, daß weitere Regierungstruppen zu den Aufständischen übergehen und dieser Abfall es der Regierung ratsam erscheinen lassen kann, es gar nicht zu einer Machtprobe größten Stils antommen zu lassen. Bisher scheint es sich bei den Kämpfen in Brasilien größtenteils um lokale Vorgänge gehandelt zu haben, wenn auch es auch bei diesen Barrikaden- und Straßenkämpfen vielfach Tote und Verwundete gegeben hat.

Als Rechtfertigungsgründe führen die brasilianischen Revolutionäre politische Argumente ins Feld. Man will eine neue Regierung und ein neues System, in Wirklichkeit sehnt man aber die alte Wolsfahrt herbei. Die tieferen Ursachen der südamerikanischen Aufstandsbewegung sind vorwiegend wirtschaftlicher Natur. Es ist die Weltwirtschaftskrise, die auf Südamerika drückt und die Menschen aufbegehren läßt. Ernst zu leiden, und zwar geistlich und materiell, hat unter dieser Krise auch unser Erdteil, doch sind die Folgen für Südamerika vielleicht noch weittragender als für Europa, weil gerade die Rohstoffmärkte — und Südamerika ist schließlich ein einziger großer Rohstoffmarkt — die volle Wucht der Wirtschaftskrise und die stärksten Preisrückgänge erfahren haben. In welchem Maße diese Länder von der Preisentwertung der Rohstoffe abhängig sind, erhellt daraus, daß Bolivien etwa 80 Prozent seiner gesamten Einnahmen aus dem Zinnreichtum des Landes und Peru einen ähnlichen Prozentsatz seiner Einnahmen aus seinen Baumwoll- und Zuckerpflanzungen sowie den Petroleumquellen zieht.

Der Kampf der Revolution gilt den amtierenden Regierungen, die für die Fortdauer der Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht werden und deren Geschäftsführung vielfach auch wenig erfreulich war. Daneben will man aber auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika treffen, die Südamerika mehr, als es diesen Ländern lieb ist, ihren Interessen dienstbar gemacht haben. Bezeichnend für die Stimmung Südamerikas war die in Peru nach dem Sieg der Revolution erfolgte Verhaftung zweier nordamerikanischer Unternehmer: nicht minder bezeichnend für die tatsächlichen Machtverhältnisse aber auch die Wiedererlangung der Verhafteten durch die revolutionäre Regierung, die sonst auf eine Anerkennung durch Nordamerika nicht zu rechnen hatte.

Wie die Dinge liegen, wird die Abneigung gegen die mächtigen Vereinigten Staaten im amerikanischen Süden sobald nicht schwinden, eine erfolgreiche Bekämpfung des nordamerikanischen Einflusses scheint heute jedoch noch nicht möglich zu sein und wird vielleicht auch so lange unmöglich bleiben, als Südamerika dem straff zusammengefaßten Norden nicht ein ähnliches Gebilde, vor allem aber einen einheitlichen Willen entgegenzusetzen kann. Gegenwärtig ist man davon aber noch weit entfernt, wie Argentinien beweist, das — diesmal mit Washington — mit Freigabe eines Präsidenten gestürzt hat, der sein Land von Nordamerika unabhängig machen wollte.

Im übrigen muß man sich hüten, die Unruhen in Südamerika nach europäischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Die Geschichte dieser Staaten besteht aus einer Chronik von Kämpfen und Kämpfen, so daß das Staatsgefüge — insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten — kein sonderlich festes ist.

Einberufung der Reservisten in Brasilien.

— New York, 8. Oktober. Die Staatskrise in Brasilien hat abermals eine beträchtliche Verschärfung erfahren. Die Regierung hat durch Dekret die Einberufung der Reservisten bis zu 30 Jahren verfügt. Es sind dies die beiden ersten Klassen der Reservisten. Die Gewerkschaften wollen die Streikparole andeuten. Mehrere Gewerkschaftsführer sind verhaftet worden. Die Banken haben bis auf weiteres ihre Schalter geschlossen.

Neuer Kabinettsrat über Genf.

Curtius erstattet Hindenburg Bericht. — Litauen ver-
tragsbrüchig.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den
Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius und ließ
sich über die Genfer Völkerbundsversammlung Bericht
erstatten. Im Anschluß daran setzte das Reichskabinett
eine außenpolitischen Beratungen fort. Die abschlie-
ßende Stellungnahme hatte dadurch eine Verzögerung
erfahren, daß die Mutter des Außenministers gestor-
ben ist.

Bekanntlich hat im Verlaufe der Genfer Tagung
Litauen Deutschland und dem Völkerbund gegenüber
bestimmte Verpflichtungen bezüglich des Memelbundes
übernommen. Von zuständiger Stelle wird dazu er-
klärt, daß von den drei Punkten, deren Durchführung
Litauen versprochen hat, bisher nur einer, und zwar
die Ersetzung des Wahlkreiskommisars Simonaitis
durchgeführt worden ist. Die Forderungen auf Ver-
sammlungs- und Pressefreiheit, sowie auf Ersetzung
der beiden litauischen Landesdirektoren durch Deutsche
sind noch nicht erfüllt worden. Die Reichsregierung
drängt nun bei der litauischen Regierung darauf, daß
noch vor der Wahl am 10. Oktober die beiden For-
derungen erfüllt werden.

Krise und Bolschewismus.

Interessante Erörterungen auf dem kirchlich-sozialen
Kongress.

Vom 15. bis 17. Oktober tagt in Bielefeld
der diesjährige kirchlich-soziale Kongress, der
sich vornehmlich mit den sozialen Auswirkungen der
großen Arbeitslosigkeit und der Gefahr des Bolsche-
wismus befaßt. Diese Probleme behandeln Dr.
Clausen vom Internationalen Arbeitsamt, Clara Meis-
ner vom Deutschen Gewerkschaftsbund und der frühere
russische Professor Auhagen. Außerdem wird sich der
Kongress noch mit dem Genossenschaftswesen und mit
Siedlungsfragen befassen.

Die 27. Tagung des kirchlich-sozialen Bundes
steht also unter dem Zeichen der schweren Wirtschaftskri-
se mit ihren gefährlichen sozialen Auswirkungen.
Deutschland leidet unter dieser Krise besonders, da
die Last des Young-Planes uns nicht den Spielraum
und die Freiheit zur notwendigen wirtschaftlichen
Gegenwehr läßt. Durch die Finanznot ist daher die
Hilfe des Staates sehr beschränkt.

Bei den Auseinandersetzungen über die Ursachen
und die Behebung der Arbeitslosigkeit sollen die kul-
turellen, politischen und auch wirtschaftlichen Maß-
nahmen weltanschaulich begründet und befestigt
werden.

Landgemeinden-Vorstand bei Brünning.

Reichsminister Dr. Brüning empfing den engeren
Vorstand des Deutschen Landgemeindetages, nämlich
den Präsidenten Dr. Geseke, den Bürgermeister Doetsch
und Ministerialrat Dr. Schellen. Präsident Dr. Geseke
schilderte die finanzielle Notlage der Landgemeinden
und legte u. a. die Maßnahmen dar, die zur Unter-
stützung der Landgemeinden getroffen werden müssen.
Im Anschluß hieran fand eine eingehende Aussprache
über die Wünsche der Landgemeinden in Verbindung
mit dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregie-
rung statt.

Hindenburg dankt.

Für die Glückwünsche zum 83. Geburtstag.
Reichspräsident von Hindenburg übergibt der
Presse folgende Zeilen: „Auch in diesem Jahre sind
mir aus allen Teilen des Reiches sowie von Deutschen
aus dem Auslande zahlreiche Glückwünsche zu meinem
Geburtstage zugegangen, die meinem alten Her-
zen aufrichtig wohlgetan haben. Da mir eine
Einzelbeantwortung unmöglich ist, bitte ich alle,
die meiner freundlich gedacht haben, auf diesem Wege
meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen!“

Lehrermord in Götz.

In Götz wurde der Volksschullehrer Sottosanti,
der der Faschistenpartei angehört, von einem gewissen
Bergoglio vor seiner Wohnung hinterrücks durch drei
Gewehrschüsse getötet. Man nimmt an, daß das Verbrechen
auf einen Nachschuß wegen der Triester Erschießungen zurück-
zuführen ist.

Reformationskantate

Zum Reformationsfest empfehlen wir für
Vereine und Kirchenchöre
Die „Reformationskantate“ v. J. P. Eiser
Partitur M. 2.50
Für die Einzelstimmen geben wir die Partitur
mit M. 1.— ab

Zu beziehen durch die
Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel bei Bielefeld
Postfachkonto Nr. 65093

Durch Kontrolle des vereidigten Ehe-
misters Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die
Echtheit meines
Bienen-Honig
garant.
10 Wdg. Dose 10.00 RM, vorwiegend
Acer-Lindenblüte 12.00 RM, helle
Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1/2 Pfd.
Dose 2.00 RM und 2.30 RM frei Haus.
Nachh. 30 Wdg. mehr. Gar. Rücknahme.
W. Krieger, Borgein 2, Nr. 20.11.
Dieser Honig ist auch in Dphir.
vereinigten Verkaufsstellen der Anstalt
Bethel, zu haben.

24jähr. Mädchen, gepr. Kinder-
gärtnerin, auch im Kochen und
Nähen erfahren, sucht
Stellung
zu Kindern oder auch als Stütze,
ist auch zu Aushilfen bereit.
Gefl. Angebote zu richten an
D. W. postlagernd Obercunnersdorf
bei Lobau 6a.

Zeppelin-Bau wird fortgesetzt.

Dr. Gdener unterstreicht die Notwendigkeit der Ver-
wendung von Helium.

— Friedrichshafen, 8. Oktober.

Der Leiter des Luftschiffbaues Zeppelin, Dr.
Gdener, äußerte sich in einer Unterredung nochmals
über die Katastrophe des englischen Luftschiffes „M 101“
und über die weiteren Aussichten des Luftschiffbaues.
Auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen glaubt
Dr. Gdener eine Gesamtüberlast des englischen Luft-
schiffes von etwa acht Tonnen mit Bestimmtheit an-
nehmen zu können! Wörtlich erklärte er dann:

Wenn ein überlastetes Luftschiff in böigem Wetter
durch eine Fallböe heruntergedrückt wird, kann es nur
mit großen Schwierigkeiten wieder hochgebracht werden.
Fuhr das Luftschiff, wie als sicher angenommen wer-
den muß, sehr niedrig, so war die Gefahr natürlich
besonders groß, und es konnte allzu leicht ein
Aufrennen gegen den Boden erfolgen, wenn unglück-
licherweise ein Hügel oder eine größere Bodenerhebung
vor dem Bug des Luftschiffes unvermutet in dem un-
sichigen Wetter auftauchte.

Daß bei dem Einprall auf dem Boden und der
dabei naturgemäß auftretenden starken Zerschlagung des
metallischen Luftschiffkörpers eine Entzündung des
Gases und der Betriebsmittel erfolgte, war von vorn-
herein wahrscheinlich; denn es entstehen, wie man aus
vielen Flugzeugunfällen weiß, bei einer Zerschlagung
des Metallgerüsts fast immer Funken, an denen sich
das Gas oder ausströmendes Benzin sofort entzündet!

Aber diese Wirkung des Aufpralls ist sekundär
und nicht letzte Ursache.

Die Katastrophe wäre nicht so fürchterlich geworden,
wenn das Luftschiff an Stelle von Wasserstoffgas mit
Helium gefüllt gewesen wäre.

Bekanntlich hat deshalb der Luftschiffbau Zepp-
lin immer die Ansicht vertreten, daß man es erreichen
müsse, zur Füllung von Passagierluftschiffen Helium
anzufuhr Wasserstoff verwenden zu können. Es ist außer-
ordentlich dankenswert, wenn die amerikanische Re-
gierung in diesem schicksalsschweren Augenblick bekannt
gibt, daß sie für die Handelsluftschiffahrt Helium zur
Verfügung stellen will, was in Amerika — und nur
in Amerika — in ausreichendem Maße vorhanden ist.

Der Luftschiffbau Zeppelin wird sich in
der weiteren Verfolgung seiner Pläne durch die be-
klagenswerte Katastrophe des englischen Luftschiffes
nicht beirren lassen in der Erwägung, daß auch
die Seeschiffahrt nichts aufgibt, weil einmal ein Dampf-
er an der Küste an einem Riff scheiterte. Die bis-
herigen Fahrten des „Graf Zeppelin“, die zum Teil
unter sehr schwierigen Wetterverhältnissen durchge-
führt wurden, dürften zur Genüge gezeigt haben, daß
ein Luftschiff auch den widrigsten Wetterver-
hältnissen gewachsen ist. Es kann nur die Auf-
gabe sein, die Schiffe weiter zu entwickeln, immer
sicherer zu bauen und zu führen, wozu die künftige
Verwendung von Helium als Füllgas ein sehr bedeu-
tender Fortschritt ist.

Heimholung der Toten von „M 101“.

Unter dem Ehrengelb von 32 Bomben- und Jagd-
fliegern. — Ein Testament Lord Thompsons.

Die Heimholung der Toten von „M 101“ ging
unter großen militärischen Ehren vor sich. Am Tage
der Ueberführung hatten in Frankreich alle amtlichen
Gebäude halbmast geklaggt; desgl. die deutsche Bot-
schaft. Der Ueberführung voraus ging in Beauvais
eine Trauerfeier, an der auch der französische Minister-
präsident teilnahm. Dann wurden die Särge auf La-
fetten und unter dem Geleit französischer Infanterie,
Artillerie und Kavallerie nach dem Bahnhof gebracht,
wo von die Toten nach Boulogne-sur-Mer übergeführt
wurden. Mit dem gleichen Zug kehrten auch die Be-
reisten heim — soweit sie wiederhergestellt sind. Ein
französisches Militärgeschwader aus 32 Bomben- und
Jagdflugzeugen begleitete den Toten das letzte
Geleit. In Boulogne nahmen die englischen Torpedo-
bootszerstörer „Tempest“ und „Gedule“ die Särge an
Bord.

Das Unterhaus will die Regierung auffordern,
Entschädigungen für die Hinterbliebenen zu bewilligen.
Es ist beabsichtigt, da man die 47 Toten zum
größten Teil nicht identifizieren kann, sie in einem
gemeinsamen Grabe im Luftschiffhafen Cardington
beizusetzen.

Inzwischen ist bekanntgeworden, daß man im
Schreibisch eine lehrwillige Verflüchtung des Luftschiff-
baues.

Bausparbrief
der Gemeinschaft der Freunde,
Ludwigsburg, über 16000 M.
von Oktober 1925 verkauft
Pfarrer i. R. Bargmann,
Pöcher b. Starnberg (Oberb.).

Zum 1. Dezember 1930 ein
jung. Mädchen
zur Erlernung von Küche und
Haushalt, gesucht im
Christlichen Erholungsheim
Bergfrieden, Bad Salzhausen.

Ruhefisch
ca. 1 Morg. groß, bestehend aus
Bohnen, 7 Zimm., Veranda, 6
Kammern, gr. Keller, völlig neu
hergerichtet, elektr. Licht, Stallung,
Geflügel und Obstgarten, sofort
beziehb., für 13000 M. sofort
zu verkaufen.
Willy Wafel, Otleben
(Kr. Döhrenlehen)

Der Wert einer
Anzeige wächst mit der
Dauer ihres
Erscheins.

zum Bleichen
der Wäsche...

**Hochgebirgs-
Sonnenkuren**

Herbst und Winter im Ev. Er-
holungsheim Haselberghaus
Goldern (Berner Oberland)
1060 m. Sorgfältige Pflege.
Trauliches Familienleben. Ta-
gespreis von 8 Fr. an. Aus-
bildung von Hausvätern.
Illustr. Prospekt v. Hausvater.

Betten Schlaf-
ein- u. Polster-
Küchen, Polster-
Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

ministers Lord Thompson gefunden hat, die dieser kurz
vor der verhängnisvollen Abfahrt aufgesetzt haben muß;
sie lautet: „Beim Eintritt der Luftstöße nach Indien
und für den Fall, daß mir etwas passieren sollte,
verfüge ich, daß mein ganzes Vermögen und alle meine
Besitzungen auf meinen Bruder übergehen sollen.“

Was die Auffindung von Brandteilen 8 Mi-
meter von der Unglücksstelle betrifft, soll es sich dabei
um ein Stück Aluminium in Größe einer Feinmarke
handeln, das durch den Wind verweht worden sein soll.

Handelsteil.

— Berlin, den 7. Oktober 1930.

Am Devisenmarkt war Devisen Rio ausgeprochen
flau; auch war Madrid sehr schwach, Paris gedrückt,
Schweiz fester.

Am Effektenmarkt waren bei relativ kleinem
Angebot gleich zu Anfang Kursrückgänge von 1—3 Pro-
zent festzustellen. Nach den ersten Kursen traten bis zum
Schluß infolge der Orderlosigkeit weitere neue Verluste
von 1—2 Prozent ein. Der Geldmarkt lag fast unver-
ändert. Tagesgeld 4—6 Prozent. Der Reichsbankdiskont
betrug 4, der Privatskont 3 1/2 Prozent für beide Seiten.

Am Produktenmarkt konnte Brotpreise bei
geringem Angebot und erhöhter Nachfrage die gestiegenen
Preise ungeändert behaupten. Weizen hatte bei unveränderten
Forderungen nur Bedarfsdeckung. Hafer ausreichend und
festig, Gerste unverändert.

Devisenmarkt.

Dollar: 4,198 (Gold) 4,206 (Brief), engl. Pfund
20,40 20,44, holl. Gulden: 169,34 169,68, ital. Lira:
21,985 22,025, franz. Franken: 16,465 16,505, Belgien
(Belga): 58,55 58,67, Schweiz. Franken: 81,545 81,705
dän. Krone: 112,34 112,56, schwed. Krone: 112,76 112,98
norm. Krone: 112,33 112,55, tschech. Krone: 12,456 12,476
öster. Schilling: 59,21 59,33, span. Peseta: 42,96 43,04

Großhandelspreise für inländisches Gemüse.

Amthlicher Marktbericht der Städtischen Markthallen.
Direktion Berlin für inländisches Gemüse für 50 Kilo:
Beiflohl: 2—3, Berl. Gärtnerw. 2—3; Wirsingflohl: 2,50
bis 4, Berl. Gärtnerw. 2,50—4; Kohlflohl: 3—4, Berl.
Gärtnerw. 3—4; Rosenflohl: 25—35; Mohrrüben: unge-
waschen 2—2,50, gewaschen 3—4; Kohlrabi: 3—4; Mö-
ren: 3—4,50; Mören: 8—12; rote: 4—8; grüne
Bohnen: 20—30; Schoten: 15—25; Spinat: 4—8; Blatt-
8—12; Rapunzel: 20—30; Gurken: Schmor: 4—8, Senf-
10—12; Kürbis: 2—4; Meerrettich: 25—30; Zwiebeln: 3
bis 4, große 4—5; Sellerie: 10—14; Tomaten: 15—22;
Treibhaus: 20—40; Pfefferlinge: 40—50; Grünkohl: 10
bis 15; Steinpilze: 40—60; Kartoffeln: Weiße 2,25
bis 2,50, Blaue 2,25—2,50, Rote 2,30—2,50, Gelbe 2,50
bis 2,75, Nieren 4—5; Blumenkohl: 100 Kopf 10—40, Er-
furter 10—42; Karotten: 100 Bund 8—12; Kohlrabi:
Freiland Schod 1—1,50, extra groß —; Endivien: Schod
6—15; Cichori: Schod 6—15; Salat: 100 Kopf 5—12; Gur-
ken: Treibhaus 100 Stück 18—33; Radischen: Schod 6
bis 10, bayerische 6—12; Sellerie: je nach Größe Schod
4—15; Porree: je nach Größe Schod 1—1,70; Petersi-
lie: je nach Größe 100 Bund 15—30 Markt.

Butterpreise.

Amthliche Berliner Notierungen für Butter im Verlebr
zwischen Erzeuger und Großhandel, Frucht und Gebinde zu
Lasten des Käufers: 1. Qualität 130, 2. Qualität 118, ab-
fallende Ware 102 Markt je Rentner. — Tendenz: Steig.

Kirche, Schule, Mission.

Verhandlungen der XVI. Kontinentalen Missionskon-
ferenz. Preis des Festes 1.— RM., Sortimenten erhalten
einen Rabatt von 25 Prozent.

Der Bericht hat seinen Wert durch die Thesen, die den
Vorträgen zu grunde lagen, durch die Diskussionsreden
und durch die kurzen Uebersichten über den Stand des
Missionswesens in den kontinentalen Ländern.

Norddeutsche Missionsgesellschaft, Bremen.

Bethel.

— Mittwoch, den 8. Oktober, Wiederholung der Vor-
führung des neuen Bethelfilms abends 1/8 Uhr im
Alfapheum. Karten im Vorverkauf 60 und 30 Pfg., an der
Kasse einheitlich 75 Pfg.

— Generalversammlung der Sterbe-Unterstützungs-
kasse der Angestellten u. Arbeiter von Bethel und Ca-
repta Donnerstag, den 9. 10., nachm. 5 1/2 Uhr in Gelsen
Der Vorstand, Oldersdorf.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik:
Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Reformationskantate

Bausparbrief

zum Bleichen

Geifix

Reformationskantate

Bausparbrief

zum Bleichen

Geifix